

Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Beziehungen: Frankreichs Libyen-Politik nach dem Sturz Khadafis

Koepf, Tobias

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Koepf, T. (2012). *Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Beziehungen: Frankreichs Libyen-Politik nach dem Sturz Khadafis*. (DGAP-Analyse, 7). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-361499>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Forschungsinstitut
der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Juni 2012 N° 7

Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Beziehungen: Frankreichs Libyen-Politik nach dem Sturz Khadafis

von Tobias Koepf

Zusammenfassung

Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Beziehungen: Frankreichs Libyen-Politik nach dem Sturz Khadafis

von Tobias Koepf

Frankreich gehörte als treibende Kraft der NATO-Intervention »Unified Protector« zu den engagiertesten externen Unterstützern des Kampfes der libyschen Bevölkerung gegen Staatschef Muammer el-Khadafi. Auch nach dem Tod Khadafis übernahm Frankreich eine Führungsrolle bei der externen Unterstützung des libyschen Transitionsprozesses, dessen vorläufiger Höhepunkt die jetzt für den 7. Juli 2012 geplanten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung sein sollen.

Ziel dieser Politik war einerseits, das durch die Teilnahme an der militärischen Intervention gewonnene internationale Prestige aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus erhoffte sich Paris von einer privilegierten Partnerschaft mit dem nordafrikanischen Land allerdings auch eine bevorzugte Behandlung bei der Vergabe neuer Wirtschaftsverträge. Damit versuchte der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy an seinen Annäherungskurs gegenüber Libyen anzuknüpfen, den er bereits kurz nach seinem Amtsantritt 2007, damals noch mit Khadafi als Partner, eingeschlagen hatte.

Die jüngsten Entwicklungen haben Frankreichs Ambitionen, möglichst schnell wieder zu einem privilegierten Partner eines »neuen« Libyen zu werden, allerdings deutlich gedämpft. Der libyschen Übergangsregierung, dem Nationalen Übergangsrat, ist es bis dato nicht gelungen, ihren Einfluss in alle Landesteile auszuweiten, und in vielen Regionen haben sich lokale Machtzentren gebildet, die über große Autonomie verfügen.

Die unentschiedene Machtfrage erschwert die Durchführung von Unterstützungsmaßnahmen in den beiden von Paris als am wichtigsten erachteten Politikfeldern: der Reform des libyschen Sicherheitssektors und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes. So ist es Paris bislang weder gelungen, einen Beitrag zur Aufstellung einer einheitlichen Armee und Polizeitruppe zu leisten noch die Wirtschaft des Landes entscheidend anzukurbeln und die Position französischer Unternehmen unter den ausländischen Investoren zu verbessern.

In Frankreich warten daher alle Vertreter von Politik und Wirtschaft mit Spannung auf die für den Juli 2012 vorgesehenen libyschen Wahlen und die Bestimmung einer neuen, demokratisch legitimierten Übergangsregierung, um dem Vorhaben, wieder ein enger Partner Libyens zu werden, neues Leben einzuhauchen. Dabei ist davon auszugehen, dass der neue französische Präsident François Hollande weitgehend an diesem Ziel festhalten wird.

Summary

A Difficult Return to Preferential Relations: The Libya Policy of France after Khadafi's Fall

by Tobias Koepf

As a motor of the UN-intervention “Unified protector,” France represented itself as one of the most devoted external supporters of the Libyan people’s fight against Muammer al-Khadafi. Even after Khadafi’s death France has taken the leadership in the Libyan transition process, the highlight of which will be the planned election of a constituent assembly on July 7, 2012.

On the one hand, the objective of this policy was to maintain the international prestige that France has gained through its military intervention. On the other hand, from the “special partnership” with the North African country Paris hoped for a preferential treatment concerning new economic agreements. Thus, the then French President, Nicolas Sarkozy, has followed up on his course of rapprochement with Libya, which he adopted shortly after he took office in 2007, at that time, however, with Khadafi being the partner.

However, recent developments have dampened France’s ambitions to quickly become a privileged partner of a “new” Libya. The Libyan transitional government, that is to say the Transitional National Council, so far has not managed to assert its influence in all parts of the country: in quite a few regions local centers of power have emerged, enjoying a high degree of autonomy.

The question who will hold the power impedes the implementation of support measures, specifically in two areas considered as being the most important by Paris: the reform of the security sector and the economic reconstruction of the country. Thus, Paris has not managed to help Libya create a regular army or police, to help foster its economy or to better position French companies among foreign investors.

In France, therefore, representatives from the worlds of politics and business are eagerly waiting for the outcome of the Libyan elections now planned for July 2012 and the constitution of a new legitimized transitional government in order to revive its willingness of becoming a close partner to Libya. The new French president, François Holland, will likely stick to this objective.

Inhalt

Frankreichs führende Rolle in der Libyen-Krise 2011	5
Frankreichs Libyen-Politik nach der Militärintervention	7
Ungeklärte Machtverhältnisse verhindern Reformen	8
Perspektiven: Warten auf die Wahlen	10
Anmerkungen	11

Diese DGAPanalyse erscheint im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Die schwierige Rückkehr zu privilegierten Beziehungen: Frankreichs Libyen-Politik nach dem Sturz Khadafis

von Tobias Koepf

Am 7. Juli 2012, dahin verschoben vom 19. Juni, sollen in Libyen Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung stattfinden. Damit wird die erste Phase eines Transitionsprozesses enden, der das Land zu einer neuen politischen Ordnung nach über 40 Jahren der Herrschaft Muammer al-Khadafis führen soll. Diese Übergangsphase stellt insbesondere für die Libyer selbst eine Herausforderung dar, aber auch die externen Akteure, welche die libysche Bevölkerung während des Aufstandes gegen Khadafi in Folge der Revolution im Februar 2011 unterstützt haben, müssen ihre Beziehungen zu dem nordafrikanischen Land neu definieren.

Frankreich hat sich als einer der engagiertesten Unterstützer im Kampf gegen Khadafi präsentiert. Paris war eine treibende Kraft bei der Initiative zur Einrichtung einer Flugverbotszone, um Angriffe der Khadafi-treuen Truppen auf die libysche Bevölkerung zu verhindern, und erkannte als erstes Land den Nationalen Übergangsrat als einzigen rechtmäßigen Vertreter des libyschen Volkes an. Während der gesamten Dauer des Militäreinsatzes zur Durchsetzung der Flugverbotszone (März bis Oktober 2011) übernahm Frankreich eine führende Rolle und trug damit maßgeblich zum Sturz Khadafis bei, der am 20. Oktober 2011 von bewaffneten Oppositionellen gefangen genommen und getötet wurde.

Diese Vorgehensweise markierte eine radikale Umkehr in der Libyen-Politik Nicolas Sarkozys, die ursprünglich durch eine innerhalb Frankreichs und auf internationaler Ebene umstrittene Annäherung an den libyschen Diktator geprägt war. Der Tod Khadafis, das Ende der Kampfhandlungen und das Ende der internationalen Militärintervention haben die Voraussetzungen für die französische Libyen-Politik erneut grundlegend verändert. Die Ziele der Intervention, nämlich die Absetzung Khadafis und das Ende der Angriffe seiner Getreuen auf

die Zivilbevölkerung, wurden erreicht, und nun steht Frankreich vor der Herausforderung, sein Verhältnis zu einem »neuen« Libyen neu ordnen zu müssen.

Frankreichs führende Rolle in der Libyen-Krise 2011

Den Beginn der französischen Bemühungen für die Unterstützung der libyschen Opposition markierte die gemeinsam mit Großbritannien auf UN-Ebene lancierte Initiative zur Verhängung einer Flugverbotszone über Libyen. Damit reagierten beide Staaten auf die brutale Niederschlagung der seit Mitte Februar 2011 andauernden Proteste gegen das Regime Khadafis und insbesondere gegen eine angedrohte Offensive seiner Truppen auf die Oppositionshochburg Bengasi im Osten des Landes. Besonderen Nachdruck verlieh Paris seiner Unterstützung der libyschen Opposition dadurch, dass es am 10. März 2011 als erster Akteur den nur wenige Wochen zuvor gegründeten Übergangsrat als legitime Vertretung des libyschen Volkes anerkannte. Das Vorpreschen Frankreichs war damals auf internationaler Ebene umstritten, denn die Agenda des Übergangsrats war noch nicht durchschaubar, und zahlreiche Stimmen warnten daher vor einer vorschnellen Anerkennung des Rates als Vertreter Libyens.

Auch bei der Umsetzung der Flugverbotszone blieb Frankreich an vorderster Front aktiv. Gemeinsam mit der britischen Regierung und in Abstimmung mit den USA brachte Paris einen entsprechenden Resolutionsentwurf in den UN-Sicherheitsrat ein, der am 17. März 2011 als Resolution 1973 verabschiedet wurde. Am 19. März 2011 begann eine internationale Koalition unter Führung der USA, zu der neben Frankreich, Großbritannien und

weiteren NATO-Mitgliedern auch die arabischen Staaten Katar, Jordanien und die Vereinigten Arabischen Emirate zählten, mit dem Militäreinsatz zur Durchsetzung der Zone.

Paris erhielt während der gesamten Dauer der Intervention, die ab Ende März 2011 unter dem Dach der NATO stattfand, seine führende Rolle aufrecht. Auf politischer Ebene erreichte die französische Regierung die Einrichtung einer für alle Teilnehmer der Koalition offenen Libyen-Kontaktgruppe, die anstatt des Nordatlantikrats (wie sonst im Falle von NATO-Militäroperationen üblich) die politische Führung der Operation »Unified Protector« übernahm. Dies erlaubte Paris ein gewichtigeres Mitspracherecht beim Treffen richtungsweisender Entscheidungen als dies in einem »klassischen« NATO-Einsatz der Fall gewesen wäre. Angaben des französischen Generalstabs zufolge steuerte die französische Luftwaffe auf operativer Ebene etwa ein Drittel der Luftangriffe während des Einsatzes bei.¹

Darüber hinaus scheute Paris auch nicht den einen oder anderen Alleingang. So ließ Frankreich der bewaffneten Opposition trotz eines geltenden UN-Waffenembargos Waffenlieferungen zukommen, was insbesondere Russland zu heftiger Kritik veranlasste, aber auch bei einigen NATO-Partnern Irritationen auslöste.

Zwar wurden in Frankreich immer wieder Stimmen laut, die daran zweifelten, dass Frankreich aufgrund fehlender Ausrüstung und unzureichenden Materials langfristig in der Lage sei, an seiner Vorreiterrolle festzuhalten und die Unterstützung einer Verhandlungslösung forderten. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy betonte jedoch mehrmals, dass er den Schutz der Zivilbevölkerung und damit ein Ende des Kampfeinsatzes erst durch den Sturz Khadafis als gewährleistet ansah, obgleich dies in der Resolution 1973, die das Mandat der NATO-Intervention auf den Schutz der Zivilbevölkerung beschränkte, nicht explizit festgeschrieben war. Spätestens durch eine Mitte April 2011 von Sarkozy, dem amerikanischen Präsidenten, Barack Obama, und dem britischen Premierminister, David Cameron, abgegebene Erklärung wurde der Einsatz in Libyen jedoch de facto zu einer Operation mit dem Ziel des Regimesturzes.²

Die auf Standhalten und auf die volle Unterstützung des Übergangsrats ausgerichtete Strategie Sarkozys war ohne Zweifel mit Risiken verbunden. Die im Libyen-Konflikt eingesetzten Gelder wurden vom Verteidigungsministerium auf etwa 300 bis 350 Millionen Euro geschätzt und überstiegen damit deutlich den für Auslandsoperationen im Jahr 2011 vorgesehenen Haushaltsposten Frankreichs, denn sie stellten bereits die Hälfte des Budgets für alle französischen Auslandseinsätze (630 Millionen Euro für 2011) dar. Folglich kam es zu einer Verdoppelung der tatsächlichen Ausgaben für Auslandsoperationen auf ca. 1,2 Milliarden Euro.³ Letztendlich wurde Sarkozys Engagement jedoch von Erfolg gekrönt. Mit dem Tod Khadafis im Oktober 2011 war das Ziel der Intervention erreicht, und nur wenige Tage später, am 31. Oktober 2011, beendete die NATO ihren Militäreinsatz.

Über die Gründe, die Frankreich zu einer Vorreiterrolle in der Libyen-Krise bewegt haben, ist intensiv diskutiert worden. In offiziellen Stellungnahmen hoben französische Entscheidungsträger im Einklang mit der UN-Resolution 1973 den Schutz der libyschen Zivilbevölkerung hervor. Unterstrichen wird die Bedeutung humanitärer Beweggründe auch durch die öffentlichkeitswirksame Rolle, die der französische Philosoph und Publizist Bernard-Henri Lévy im Vorfeld der Entscheidung zu der Intervention spielte. Lévy gilt als einer der prominentesten Verfechter eines »Rechtes auf Einmischung« (*droit d'ingérence*) in humanitären Krisen und arrangierte das erste Treffen zwischen Sarkozy und Vertretern der libyschen Opposition.

Jedoch hat sich der als pragmatisch geltende Sarkozy wohl nicht allein von humanitären Beweggründen leiten lassen. Im Mittelpunkt dürfte zunächst der Wille gestanden haben, die eher zweifelhafte Rolle Frankreichs im Rahmen der Revolutionen in Ägypten und vor allem in Tunesien auszubügeln, hatte doch das im Januar 2011 von der damaligen Außenministerin Michèle Alliot-Marie unterbreitete Angebot, die tunesische Polizei bei der Niederschlagung der dortigen Revolution mit französischem Know-how zu unterstützen, für scharfe Kritik gesorgt. Mit der entschlossenen Parteinahme für die libysche Opposition erhoffte

sich Sarkozy insofern, das Ansehen Frankreichs auf internationaler Ebene und insbesondere in der arabischen Welt wieder zu verbessern und – noch wichtiger – einen innenpolitischen Prestigegewinn, denn auch in Frankreich hatte das Image der Regierung unter den Äußerungen Alliot-Marie gelitten und Nicolas Sarkozy in Umfragen deutlich an Popularität verloren.⁴ Die Strategie des französischen Präsidenten ging schließlich zumindest mittelfristig tatsächlich auf: Die libysche Bevölkerung brachte Sarkozy aufgrund seiner deutlichen Positionierung große Sympathien entgegen, und auch in Frankreich stiegen seine Umfragewerte bis Mitte 2011 wieder.⁵

Frankreichs Libyen-Politik nach der Militärintervention

Frankreich hat bereits auf der Libyen-Konferenz Anfang September 2011, die bezeichnenderweise in Paris stattfand und an der Vertreter von über 60 Staaten und internationalen Organisationen teilnahmen, angekündigt, auch in der Nachkonfliktphase eine Führungsrolle bei der externen Unterstützung des libyschen Transitionsprozesses übernehmen zu wollen. Einige Tage zuvor, am 29. August 2011, hatte Frankreich als erstes Land seine Ende Februar 2011 vorübergehend geschlossene Botschaft in Tripolis bereits wiedereröffnet.

Im Einklang mit seinem frühen Bekenntnis zum Übergangsrat stellte sich Paris mit Nachdruck hinter den Rat und seine zentralen Figuren um den Ratsvorsitzenden Mustafa Abd el-Dschalil, die inzwischen auch von den meisten anderen Staaten als legitime Vertreter Libyens anerkannt werden. Der Rat hatte bereits im August 2011 in einer Verfassungserklärung Eckpunkte für einen Transitionsprozess präsentiert, dessen offizieller Beginn die Ausrufung der »Befreiung Libyens« am 23. Oktober 2011, wenige Tage nach dem Tod Khadafis, markierte. Im Juli 2012 sollen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung stattfinden, aus der eine neue Übergangsregierung hervorgehen wird.

Die Strategie, sich als möglichst verlässlicher Partner des Übergangsrats zu präsentieren und aktiv zu

einer schnellen Stabilisierung Libyens beizutragen, verfolgte Paris einerseits mit dem Ziel, seiner Verantwortung als führende Kraft der militärischen Intervention nachzukommen. Sich anfangs als Verbündeter der Opposition im Kampf gegen Khadafi und als Beschützer der libyschen Zivilbevölkerung zu präsentieren und danach das Land seinem Schicksal zu überlassen, hätte das gewonnene internationale und innenpolitische Prestige Sarkozys schnell wieder schwinden lassen.

Andererseits, und vermutlich deutlich stärker als bei der Interventionsentscheidung selbst, arbeitete Paris jedoch natürlich auch aus interessegeleiteten Gründen auf eine privilegierte Partnerschaft mit dem Übergangsrat hin. Bereits nach seinem Amtsantritt 2007 hatte Sarkozy trotz heftiger internationaler und innenpolitischer Kritik versucht, die Beziehungen Frankreichs zu Khadafis Libyen zu verbessern. Diskussionen löste damals insbesondere der offizielle und prunkvolle Empfang Khadafis im Dezember 2007 in Paris aus. Im französischen Präsidentschaftswahlkampf 2012 sorgten zudem Vorwürfe für Schlagzeilen, Sarkozy habe von Khadafi sogar Geld für seinen Wahlkampf 2007 erhalten. Endgültige Beweise dafür fanden sich bislang jedoch nicht.

Im Mittelpunkt der Verbesserung der Beziehungen standen damals vor allem Wirtschaftsinteressen und das Ziel, in Khadafi einen Verbündeten zur Unterbindung illegaler Einwanderung aus Afrika via Libyen nach Europa zu finden. Beide Interessen sind für Frankreich weiterhin von großer Bedeutung und spielen daher auch in der Nach-Khadafi-Ära eine zentrale Rolle. Bei der Frage, ob sich das kostspielige Engagement in Libyen ausgezahlt habe, werden französische Politiker nicht müde, den möglichen Nutzen für die französische Wirtschaft zu unterstreichen. Und Verteidigungsminister Gérard Longuet rechtfertigte während eines Besuchs in Tripolis im Februar 2012 die französische Unterstützung für das »neue« Libyen auch damit, dass das Land ein exponiertes Territorium für illegale Einwanderung nach Europa darstelle.⁶

Zur Unterstützung des Rates und dessen Fähigkeit zur Steuerung des Transitionsprozesses hat Paris daher vor allem Maßnahmen im Bereich der Sicher-

heitssektorreform und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau angekündigt. Auf EU-Ebene schlug Frankreich die Aufstellung einer Unterstützungsmission zur Aufstellung einer einheitlichen und einsatzfähigen Armee und Polizeitruppe im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) vor. Und auch über das Instrumentarium seiner bilateralen Militärkooperation stellte Frankreich Hilfe für eine neu geschaffene libysche Armee in Aussicht.⁷

Eine Unterstützung der libyschen Polizei wurde von der französischen Regierung ebenfalls in Erwägung gezogen, wobei Frankreich nach Angaben eines Vertreters des französischen Innenministeriums insbesondere bei der Ausbildung von Personal und bei der Lieferung entsprechenden Materials behilflich sein könne.⁸

Eine schnelle Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen stand für Frankreich ebenfalls im Vordergrund. Mehrmals bereisten Delegationen französischer Wirtschaftsvertreter das Land mit dem Ziel, die bereits vor Beginn des Krieges angelaufene wirtschaftliche Kooperation wieder aufzunehmen. Air France erhielt den Auftrag, die beschädigten Flugzeuge der beiden libyschen Fluglinien wieder einsatzbereit zu machen, und das zur Gruppe Aéroports de Paris gehörende Unternehmen ADPI nahm den Bau des Flughafens von Tripolis wieder auf.⁹

Natürlich spekulierten die Wirtschaftsvertreter auch auf den Abschluss neuer Verträge. Hoffnung hatten ihnen insbesondere die Äußerungen Dschalils gemacht, die Verbündeten im Kampf gegen Khadafi beim Abschluss von Geschäften zu bevorzugen.¹⁰ Die Erwartungen richteten sich dabei nicht nur, aber in erster Linie auf den Bereich der Erdölproduktion. Der französische Ölkonzern Total gehörte zwar bereits vor der Libyen-Krise zu den größten Ölförderern in Libyen, lag im Jahr 2010 mit einer Produktionsmenge von 55 000 Barrel pro Tag aber deutlich hinter den Unternehmen ENI (Italien, 116 000 Barrel/Tag) und Wintershall (Deutschland, 79 000 Barrel/Tag) zurück. Aufgrund seiner Vorreiterrolle beim Sturz Khadafis hoffte Paris jedoch, ein noch größeres Stück vom libyschen Erdölkuchen abzubekommen.¹¹

Ungeklärte Machtverhältnisse verhindern Reformen

Frankreichs Bestreben, durch eine aktive Unterstützung des Transitionsprozesses möglichst schnell zu einem privilegierten Partner eines stabilen Libyens zu werden, ist mit Schwierigkeiten verbunden. Der Start in die Übergangsphase verlief deutlich holpriger, als dies die Entscheidungsträger in Paris und anderswo erhofft hatten. Dem Übergangsrat ist es nicht gelungen, seinen Einfluss in alle Landesteile auszuweiten, denn in vielen Regionen haben sich lokale Machtzentren gebildet, die de facto über eine große Autonomie verfügen und dem Übergangsrat, der ihrer Ansicht nach nicht das gesamte Land vertritt, misstrauen.

Selbst im Osten Libyens, aus dem die meisten der Mitglieder des Übergangsrats stammen, kam es zu Protesten, die sich größtenteils gegen die fehlende Transparenz innerhalb des Rates richteten. Besonders Aufsehen erregte Anfang März 2012 die Initiative zur Etablierung einer Teilautonomie der ostlibyschen Region Kyrenaika durch eine Gruppe von Stammesvertretern unter Beteiligung von Ahmed al-Zubair Ahmed al-Sanussi, selbst Mitglied des Übergangsrats. Dieser Schritt rief bei den anderen Mitgliedern strikte Ablehnung hervor und von Dschalil wurde er gar als ein Versuch zur Abspaltung der Provinz kritisiert, auf die im Notfall mit Gewalt geantwortet werden müsse. Die Gruppe hat allerdings bis dato keinerlei rechtlichen Status, und eine Einschätzung dessen, wie viel Unterstützung sie tatsächlich in der Region hat, die sie angeblich repräsentiert, ist schwierig.

Die ungeklärte Machtfrage in Libyen erschwert erstens die Reform des Sicherheitssektors, denn dem Übergangsrat ist es bisher nicht gelungen, die bewaffneten Kräfte der Rebellion in eine einheitliche Armee und Polizeitruppe zu integrieren. Khadafis Sturz wurde durch viele kleine, der Autorität des Übergangsrats zum Großteil entzogene Brigaden herbeigeführt, welche auch nach dem Ende der Kämpfe fortbestehen, um das in den meisten Regionen des Landes entstandene Sicherheitsvakuum zu füllen. In der Regel unterstehen sie mächtigen, meist größere Städte repräsentierenden Militärräten wie denjenigen von Misrata oder

Zintan. Vor allem in der Hauptstadt Tripolis, in der mehrere Brigaden und Militärräte um Einfluss ringen, aber auch in anderen Landesteilen, kam es seit Oktober 2011 wiederholt zu Zusammenstößen zwischen verschiedenen Brigaden bzw. einzelnen Brigaden und der Nationalarmee, deren Anspruch auf eine verstärkte Einflussnahme von den Brigaden nicht akzeptiert wird.

In einigen Regionen ist es immerhin gelungen, unter der Hoheit des Innenministeriums stehende lokale Sicherheitskomitees als Plattform für eine Kooperation zwischen verschiedenen Brigaden einzurichten. Dies zeitigte erste Erfolge, z. B. rund um die Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag des Beginns der libyschen Revolution am 17. Februar 2012, an deren Rande es zu keinen größeren Zwischenfällen kam. Darüber hinaus hat die libysche Regierung im Dezember 2011 ein Konzept zur Integration der Mitglieder der Brigaden in die Nationalarmee vorgelegt und im Januar 2012 mit einem Registrierungsprozess für die Kämpfer begonnen, um diesen die Eingliederung in Armee oder Polizei bzw. den (Wieder-)Einstieg in ein normales Berufsleben zu ermöglichen. Angesichts der unübersichtlichen Sicherheitslage im Großteil des Landes sind die meisten Brigaden jedoch derzeit nicht daran interessiert, ihre Waffen abzugeben. Die Integration der Brigaden in eine einheitliche Armee bzw. Polizei wird damit ein langwieriges Unterfangen bleiben, dessen Ende zum momentanen Zeitpunkt noch nicht abzusehen ist.

Aus diesem Grund fielen auch die konkret durchgeführten Maßnahmen Frankreichs zur Unterstützung einer Sicherheitssektorreform sparsamer als geplant aus. Die angeschobene EU-Mission kam bis dato nicht zustande, weil einige EU-Mitgliedstaaten die Situation noch als zu unstabil ansehen und auch der Übergangsrat sich vorläufig gegen die Präsenz europäischer Soldaten auf libyschem Boden ausgesprochen hat. Bei seiner Reise nach Tripolis im Februar 2012 sicherte Verteidigungsminister Longuet der libyschen Regierung die Bereitstellung technischer Mittel zur Grenzsicherung und der Ausbildung des entsprechenden Personals zu. Außerdem versprach er französische Hilfe bei der Instandsetzung der während der NATO-Intervention nicht zerstörten Mirage-Jets der liby-

schen Armee.¹² Bereits zuvor hatte Paris Schiffe der französischen Marine mit dem Auftrag nach Libyen entsandt, die libysche Marine bei der Entminung der Ölhäfen zu unterstützen bzw. das libysche Personal dafür zu trainieren.¹³ Im Großen und Ganzen geht dies aber nicht über die Hilfsmaßnahmen hinaus, die Frankreich bereits vor dem Ausbruch des Konflikts der Khadafi-Regierung leistete.

Die ungeklärte Sicherheitsproblematik lässt zweitens auch den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes nur langsam vorankommen. An finanziellen Ressourcen mangelt es der libyschen Regierung dafür grundsätzlich nicht. Seit der Lockerung der Sanktionen gegen Libyen Ende 2011 erhält sie schrittweise die im Ausland angelegten und Anfang 2011 eingefrorenen Gelder der Khadafi-Regierung, insgesamt etwa 150 Milliarden Dollar, zurück.¹⁴ Auch der Erdölreichtum des Landes schafft grundsätzlich positive Voraussetzungen für einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung. Nach Angaben der libyschen Regierung soll bereits Mitte 2012 wieder das Vorkriegsniveau der Ölproduktion erreicht werden.¹⁵ Solange zentrale Sicherheitsfragen jedoch nicht geklärt sind, zögern die meisten ausländischen Investoren mit ihrer Rückkehr in das Land, und auch an Arbeitskräften fehlt es weiterhin. Sie stammten vor allem aus den Nachbarländern Tunesien und Ägypten, wohin sie nach Ausbruch der Krise Anfang 2011 geflüchtet waren.

Und selbst wenn sich die Ausgangssituation für eine wirtschaftliche Gesundung des Landes bessert, lässt sich zum momentanen Zeitpunkt noch nicht sagen, ob sich das militärische Engagement Frankreichs auch wirtschaftlich auszahlen wird. In vielen Wirtschaftssektoren wird sich frühestens nach den Wahlen im Juli 2012 zeigen, ob Frankreich von seiner Vorreiterrolle bei der Befreiung Libyens profitiert. Denn auf Wunsch der libyschen Regierung werden erst dann neue Verträge mit ausländischen Unternehmen ausgehandelt. Ende August 2011 kursierende Gerüchte, der Übergangsrat habe Paris 35% der Erdölproduktion des Landes angeboten, erwiesen sich als nicht fundiert.¹⁶

Zudem sind die Vertreter des Übergangsrats, die Paris damals Versprechungen machten, nicht mehr bzw. nicht mehr lange an der Macht. Der ehemalige

Premierminister Mahmud Dschibril dankte bereits im Oktober 2011 ab, und auch der Vorsitzende des Rates Dschalil wird nach den anstehenden Wahlen kein politisches Amt mehr ausüben, zumal laut der Verfassungserklärung vom August 2011 Mitglieder des Übergangsrats nicht für die Wahlen 2012 kandidieren dürfen. Im Dezember 2011 haben sich alle Ratsmitglieder noch einmal offiziell dazu verpflichtet, diese Bestimmung einzuhalten.

Auch ist die Konkurrenz für Frankreichs Unternehmen groß. Seit dem Sturz Khadafis gaben sich Delegationen aus den verschiedensten Ländern in Libyen die Klinke in die Hand. Dabei zeichnet sich ab, dass Unternehmen aus denjenigen Ländern, die sich nicht an der Intervention zum Sturz Khadafis beteiligt haben bzw. keine führende Rolle darin übernommen haben, nicht wie zunächst gedacht Nachteile bei der Vergabe neuer Verträge befürchten müssen. Dies gilt auch für deutsche Firmen, die trotz des Neins der Bundesregierung zu einer Beteiligung am NATO-Militäreinsatz heftig um einen vorderen Platz in der libyschen Wirtschaft buhlen und dabei gute Erfolgsaussichten haben.

Perspektiven: Warten auf die Wahlen

Die jüngsten Entwicklungen haben Frankreichs Ambitionen, möglichst schnell zu einem privilegierten Partner eines »neuen« Libyen zu werden, deutlich gedämpft. Die instabile Sicherheitslage und die ungeklärte Frage, wer mittel- und langfristig die Macht im Lande innehaben wird, macht die geplante Festigung der bilateralen Beziehungen zu einer schwierigen Aufgabe. Effektive Hilfe zur Reform des libyschen Sicherheitssektors und auch anderer Bereiche wie des Justiz- und des Bildungssystems usw. kann erst dann gewährleistet werden, wenn die jeweiligen Ansprechpartner feststehen. Gleiches gilt für das Ziel, eine Beteiligung französischer Unternehmen beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes sicherzustellen. Dies ist auch in Paris hinter den Kulissen immer öfter zu vernehmen, wo die Hoffnungen derzeit vor allem auf den Wahlen im Juli 2012 und der Bestimmung einer neuen, demokratisch legitimierten Autorität ruhen.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass Paris sein Vorhaben, wieder ein enger Partner Libyens zu werden, aufgegeben hat. Es ist davon auszugehen, dass die französische Regierung nach den libyschen Wahlen und der Bestimmung einer neuen Übergangsregierung weiter auf eine Etablierung privilegierter Beziehungen hinarbeiten wird. Wohlwissend, dass man es nach den Wahlen voraussichtlich mit neuen Personen zu tun haben wird, ist Paris zuletzt auch leicht auf Distanz zum Übergangsrat und dessen zentralen Figuren gegangen. Je näher die Wahlen rücken, desto stärker wird der provisorische Charakter des Übergangsrats betont. Wer die neuen starken Kräfte in Libyen sein werden, ist momentan allerdings noch völlig unklar, und inwiefern Paris sich mit ihnen arrangieren können wird, bleibt ebenfalls abzuwarten.

An dem Ziel, ein enges Verhältnis zu Libyen zu etablieren, wird aller Voraussicht nach auch der neue französische Präsident François Hollande festhalten. Im Präsidentschaftswahlkampf 2012 war Libyen – mit Ausnahme von Spekulationen um die Finanzierung von Nicolas Sarkozys Wahlkampagne 2007 durch Khadafi – zwar kein Thema, und konkrete Vorschläge hat Hollande bis dato noch nicht vorgebracht. Im Einklang mit seiner Parti socialiste (PS) hat er jedoch seinerzeit die Beteiligung Frankreichs an der Intervention zum Sturz Khadafis nachdrücklich unterstützt, und es ist davon auszugehen, dass der sozialistische Präsident Hilfe beim Wiederaufbau eines stabilen Nach-Khadafi-Libyen anbieten und einer zentralen Beteiligung französischer Unternehmen bei diesem Unterfangen wohl kaum im Wege stehen wird.

Eine spannende Frage wird bleiben, wie Paris mit dem Spagat zwischen dem Willen zur Wiederherstellung privilegierter Beziehungen zu Libyen und der Notwendigkeit eines gewissen Fingerspitzengefühls bei der externen Unterstützung der nächsten Phase des libyschen Transitionsprozesses, der Verabschiedung einer Verfassung und anschließenden Neuwahlen, umgehen wird. Beobachter sind sich einig, dass dazu eine enge und vor allem kohärente Zusammenarbeit zwischen verschiedenen bi- und multilateralen Akteuren dringend nötig ist. Die Aufgabe der Koordinierung der internationalen Unterstützung wurde daher der im September

2011 eingerichteten UN-Mission UNSMIL (United Nations Support Mission in Libya) übertragen, deren Mandat zuletzt bis März 2013 verlängert wurde. Ob und inwiefern Frankreich diese Steuerungsfunktion der UNO akzeptiert, wird sich erst in Zukunft zeigen. Grundsätzlich bringt der neue französische Präsident Hollande dafür aber insofern bessere Voraussetzungen mit als sein Vorgänger Sarkozy, da er für einen weniger sprunghaften

persönlichen Stil bekannt ist und daher auch weniger zu Alleingängen neigen dürfte.

Tobias Koepp ist Transatlantic Post-Doc Fellow for International Relations and Security (TAPIR) und derzeit Gastforscher am United States Institute of Peace (USIP) in Washington. Der Autor dankt Wolfram Lacher für hilfreiche Kommentare zu einer früheren Version dieses Papiers.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Jean-Dominique Merchet, Libye : la France a effectué un tiers des « sorties offensives », in: Secret défense (Blog), 27.8.2011, <http://www.marianne2.fr/blogsecretdefense/Libye-la-France-a-effectue-un-tiers-des-sorties-offensives_a346.html>.
- 2 Vgl. Nicolas Sarkozy, Barack Obama, David Cameron, Kadhafi doit partir, in: Le Figaro, 15.4.2011.
- 3 Vgl. Rapport général fait au nom de la commission des finances sur le projet de loi de finances pour 2012, Tome III : Moyens des politiques publiques et dispositions spéciales, Annexe N° 8 : Défense, S. 33.
- 4 Vgl. Impopularité inédite pour Nicolas Sarkozy et François Fillon, in: Challenges.fr, 21.2.2011, <<http://www.challenges.fr/economie/20110221.CHA3589/impopularite-inedite-pour-nicolas-sarkozy-et-francois-fillon.html>>.
- 5 Vgl. Sondage: la cote de popularité de Sarkozy remonte, in: AFP, 6.9.2011, <http://www.lepoint.fr/politique/election-presidentielle-2012/sondage-la-cote-de-popularite-de-sarkozy-remonte-06-09-2011-1370470_324.php>.
- 6 Vgl. Paris va aider la Libye à assurer un meilleur contrôle de ses frontières, in: AFP, 26.2.2012, <<http://www.jeuneafrique.com/Article/DEPAFP20120226173034/cnt-gerard-longuet-armee-libyenne-oussama-al-juweilli-paris-va-aider-la-libye-a-assurer-un-meilleur-contrôle-de-ses-frontieres.html>>.
- 7 Vgl. Alain Juppé, Intervention à l'Université de Tripoli, 15.12.2011.
- 8 Vgl. Jean-Marc Leclerc, La police française reprend du service à Tripoli, in: Le Figaro.fr, 24.10.2011, <<http://www.lefigaro.fr/international/2011/10/24/01003-20111024ARTFIG00726-la-police-francaise-reprend-du-service-a-tripoli.php>>.
- 9 Vgl. Cabinet du Ministre chargé des Transports, Déplacement de Thierry Mariani à Tripoli: redémarrage des contrats entre la France et la Libye dans le secteur aérien (Communiqué de Presse), 29.1.2012.
- 10 Großbritannien gibt Millionen für das neue Libyen frei, in: Zeit Online, 15.9.2011, <<http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-09/cameron-sarkozy-libyen>>.
- 11 Vgl. Eugène Zagrebnoy, Redistribution du pétrole libyen en vue, in: Le Figaro.fr, 25.8.2011, <<http://www.lefigaro.fr/matieres-premieres/2011/08/24/04012-20110824ARTFIG00606-redistribution-du-petrole-libyen-en-vue.php>>.
- 12 Vgl. Paris va aider la Libye à assurer un meilleur contrôle de ses frontières, in: AFP, 26.2.2012, <<http://www.jeuneafrique.com/Article/DEPAFP20120226173034/cnt-gerard-longuet-armee-libyenne-oussama-al-juweilli-paris-va-aider-la-libye-a-assurer-un-meilleur-contrôle-de-ses-frontieres.html>>.
- 13 Vgl. French Warships in Libya to Train Navy, Demine Oil Ports, in: Reuters, 31.1.2012, <<http://af.reuters.com/article/topNews/idAFJOE80U0DZ20120131>>.
- 14 Vgl. UN und USA heben Libyen-Sanktionen auf, in: DeutscheWelle.de, 17.12.2011, <<http://www.dw.de/dw/article/0,15609494,00.html>>.
- 15 Vgl. Libya: Oil Production Up, Exploration Resumes, in: Associated Press, 27.2.2012, <<http://news.yahoo.com/libya-oil-production-exploration-resumes-174946990.html>>.
- 16 Vgl. Mathilde Golla, Pétrole: les rebelles libyens ne feront pas de « favoritisme », in: LeFigaro.fr, 1.9.2011, <<http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2011/09/01/04016-20110901ARTFIG00440-brut-accord-secret-entre-les-rebelles-libyens-et-la-france.php>>.

